

## **Informationen über Gemeinnützige Arbeit**

### **Strafvollzug in Form der Gemeinnützigen Arbeit (GA)**

#### **Grundlage**

Der Vollzugs- und Bewährungsdienst des Kantons Luzern (VBD) kann bei Freiheitsstrafen den Vollzug in Form der Gemeinnützigen Arbeit bewilligen, sofern

- a. die ausgefallte Strafe nicht mehr als 6 Monate beträgt;
- b. keine Fluchtgefahr besteht;
- c. keine Gefahr besteht, dass die verurteilte Person weitere Straftaten begeht;
- d. die verurteilte Person ein Anwesenheitsrecht in der Schweiz hat;
- e. keine Landesverweisung gemäss Art. 66a und 66a<sup>bis</sup> StGB vorliegt;
- f. die Gewähr besteht, dass die Rahmenbedingungen der Vollzugsbehörde und des Einsatzbetriebes eingehalten werden;
- g. die Einwilligung der verurteilten Person (unterschiedenes Merkblatt "Einwilligung"), dass der Einsatzbetrieb über die Straftatbestände, welcher der Verurteilung zu Grunde liegen, informiert wird;
- h. das Inkassoverfahren noch nicht eingeleitet worden ist.

#### **Bewilligung / Vereinbarung**

Die Bewilligung der Gemeinnützigen Arbeit oder die Vereinbarung zwischen Vollzugsbehörde, verurteilten Person und Einsatzbetrieb regeln namentlich:

- a. Art und Dauer der Gemeinnützigen Arbeit;
- b. den Einsatzplan mit dem Vollzugsbeginn und den Arbeitszeiten;
- c. die Überwachung der Gemeinnützigen Arbeit sowie die Meldung von Verletzungen der Arbeitspflicht und des Abschlusses des Arbeitseinsatzes.

Die verurteilte Person leistet pro Woche in der Regel mindestens acht Stunden Gemeinnützige Arbeit. Sie trägt die persönlichen Aufwendungen zur Erbringung der Gemeinnützigen Arbeit selber, namentliche die Auslagen für Arbeitsweg und Verpflegung.

#### **Regelverstösse**

Nach vorausgegangener Ermahnung wird die Gemeinnützige Arbeit abgebrochen, wenn die verurteilte Person die festgelegten Bedingungen und Auflagen nicht einhält oder die Gemeinnützige Arbeit innert Frist nicht leistet.

Auf eine vorangehende Mahnung kann bei Dringlichkeit oder aus wichtigen Gründen verzichtet werden, namentlich wenn der ordnungsgemäße Betrieb des Einsatzbetriebs gefährdet ist, oder aufgrund des Verhaltens der verurteilten Person ein ordentlicher Abschluss des Vollzugs der Gemeinnützigen Arbeit nicht erwartet werden kann.

Wird gegen die verurteilte Person eine Strafuntersuchung eingeleitet, kann der Vollzug der Gemeinnützigen Arbeit unterbrochen oder abgebrochen werden.

## **Widerruf**

Bei einem Abbruch erfolgt die Weiterverbüßung der Strafe im offenen oder geschlossenen Normalvollzug oder - sofern die Voraussetzungen erfüllt sind - in Form der Halbgefängenschaft. Bussen und Geldstrafen werden vollstreckt. Bei freiwilligem Verzicht auf die Gemeinnützige Arbeit ist die Halbgefängenschaft grundsätzlich ausgeschlossen.